

Wenn Berner Bären der Kälte trotzen

Diplomatische Dokumente der Schweiz über die Jahre 1967 bis 1969: Neutralität und internationale Probleme

Die Veröffentlichung der „Diplomatischen Dokumente der Schweiz“ schreitet planmäßig voran. Die Forschungsgruppe unter Leitung von Sacha Zala legt nun einen Band für die Jahre 1967 bis 1969 vor. Eine begrüßenswerte Besonderheit dieser Edition liegt darin, dass zeitgleich mit der Druckversion, die 190 Dokumente mit knapper Kommentierung präsentiert, in der Datenbank Dodis insgesamt 1500 Dokumente aus 4000 Archibänden ausgewählt wurden, was die Quellenbasis enorm erweitert. Neben dem Verzeichnis der benutzten Bestände und der Register enthält der Band auch eine überraschend umfangreiche Auflistung der nicht freigegebenen Dossiers. Die Dokumente sind jeweils in der Originalsprache, das heißt in Deutsch oder Französisch, abgedruckt. Die Fondsedition des Politischen Departements wird bei Bedarf durch andere Provenienzen ergänzt, etwa bei kombinierten Ressortzuständigkeiten. Zahlreich sind die Vorlagen für den „Vorsteher des Politischen Departements“ (Außenminister); daneben finden sich Berichte von Botschaften und Abteilungsleitern, vereinzelt auch öffentliche Ansprachen.

Editorisch hält auch dieser Band das hohe Niveau der vorangegangenen Bände, thematisch spiegelt sich die Vielfalt der internationalen Beziehungen am Ende der 1960er Jahre unter dem Blickwinkel schweizerischer Außen- und Innenpolitik, methodisch die Dialektik von Außen- und Innenpolitik. Die durch die schweizerische Verfassungsordnung vorgegebene Institutionalisierung der Exekutive als Kollegialbehörde mit „halb- (direkt)demokratischen Volksrechten führt zu einer besonders ausgeprägten Rückkoppelung der Außenpolitik mit der Innenpolitik“ (so Zala), die sich nicht allein in den öffentlichen Debatten des Parlaments zeigt, sondern auch in seiner Instrumentalisierung durch den Bundesrat (Regierung) zur Realisierung außenpolitischer Ziele. Von besonderem Interesse ist hier die parteipolitische Zugehörigkeit der jeweiligen Vorsteher des Politischen Departements, in diesem Fall des ersten Sozialdemokraten an seiner Spitze, Willy Spühler.

Internationale Probleme prägen den Kontext der schweizerischen Außenpolitik, ihre Neutralität änderte daran nichts, sie reagierte aufgrund eigener Interessen

oder Prinzipien. In diesen Zeitraum fiel etwa der Vietnam-Krieg, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Sowjetunion, die forcierte Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, der Präsidentenwechsel in Frankreich von Charles de Gaulle zu Georges Pompidou, die Veränderungen in der Europapolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit einer Stärkung der EG durch den Fusionsvertrag vom 1. Juli 1967 – fürwahr eine Fülle zentraler internationaler Ereignisse.

Die Edition kombiniert die Dokumentation solcher Herausforderungen instruktiv mit der Präsentation traditioneller Prämissen und ökonomischer Interessen der Schweiz. So begrüßte Bundesrat Spühler die Ostpolitik Willy Brandts. Nach Schweizer Einschätzung wandte die Bundesrepublik die Hallstein-Doktrin inzwischen pragmatisch-inkonsequent an. Die Schweiz wünschte ihrerseits aus wirtschaftspolitischen Motiven eine Annäherung an die Comecon-Staaten, nachdem die Embargo-Liste schon seit 1959 gelockert worden war und im Dezember 1969 durch Verdoppelung des Schweizer Kontingents immer größere Bewegungsfreiheit entstand.

Die sich verstärkende Reisediplomatie in die Staaten des Warschauer Pakts war Indiz und Instrument dieser Modifikation der schweizerischen Ostpolitik. Diese Richtung wurde zwar durch den für ein neutrales Land heftigen Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei unterbrochen, hatte jedoch keine nachhaltige Verstimmung zur Folge. Von dieser Veränderung nicht angenommen war das Verhältnis zu den kommunistischen Ländern der geteilten Staaten Nordvietnam, Nordkorea, insbesondere aber zur DDR, auf deren Avancen die Schweiz erstmals einging: Ausgehend von der Einschätzung, dass „die Aufspaltung Deutschlands in zwei Staaten noch lange Zeit eine Realität“ bleibe, konstatierte der Chef des politischen Dienstes Ost am 29. Mai 1969: „Wir haben nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, uns der im Gebiete der DDR niedergelassenen zahlreichen Schweizer und der dort notleidenden Schweizer Vermögenswerte anzunehmen.“ Aus handelspolitischer Sicht sah die Schweiz allerdings kein besonderes Interesse an weiter gehenden Beziehungen und sah klar die spezifischen politischen

Interessen der DDR. Die konzeptionelle Frage lautete, „wie weit können wir gehen, ohne dass unser Vorgehen einer Anerkennung der DDR gleichkommt“.

Wenngleich sich die Handelsbeziehungen zu asiatischen Ländern, insbesondere zu Japan, verstärkten und auch die afrikanischen Länder immer stärker in den Blick gerieten, blieb der wirtschafts- und

das Bankgeheimnis, was als ernste Belastung der durch die Schweiz stark privilegierten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten angesehen wurde. Diese engen Kontakte führten wiederholt zu Aktionen der schweizerischen Außenpolitik, beispielsweise zu Vermittlungsbemühungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba.

Zahlreiche Einzelprobleme – Doppelbesteuerungsabkommen, Entschädigungsfragen oder die später heftig kritisierte Behandlung der nachrichtenlosen Vermögen von Emigranten aus NS-Deutschland (womit die Schweiz aber keineswegs allein stand) – spielten schon damals eine Rolle. Neben dem vielfältigen Engagement in internationalen Organisationen und für Menschenrechtsfragen – beispielsweise die Kritik an der Apartheidpolitik Südafrikas, am Krieg in Biafra – sowie die Migrationspolitik, darunter die Aufnahme politischer Flüchtlinge aus der CSSR nach 1968 – rückte besonders die schwächelnde EFTA und die sich stärkende EWG (beziehungsweise EG) innen- wie außenpolitisch ins Zentrum Schweizer Politik. Da diese Entwicklungen unkalkulierbar waren, tendierte der Bundesrat zu einer abwartenden Haltung, die „nicht automatisch im britischen Kielwasser“ segelte. Von besonderem Interesse war angesichts der sich zeitweise verschärfenden internationalen Entwicklung und der ihr gegenläufigen kooperativen Ostpolitik die Sicherheitspolitik. Die Schweiz nahm die Einladung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz an. Nur widerwillig akzeptierte sie aber den Verzicht auf die Option einer eigenen Atombewaffnung; zur Unterzeichnung des Anti-Proliferations-Vertrags 1969 sah sie keine Alternative. Wie schwer ihr dies aber fiel, zeigt die späte, erst 1976 erfolgende parlamentarische Ratifizierung.

Alles in allem bietet der vorzüglich gearbeitete Band eine Fülle von Einsichten nicht allein in die Geschichte der Schweizer Neutralität und ihrer unter veränderten Bedingungen pragmatischen Außenpolitik, sondern auch in die zentralen europapolitischen und weltpolitischen Entwicklungen am Ende der 1960er Jahre – aus der Sicht eines *Outsiders* als *Insider*.

HORST MÖLLER

Sacha Zala (Herausgeber): *Diplomatische Dokumente der Schweiz*. Band 24: 1.1.1967 bis 31.12.1969. Chronos Verlag, Zürich 2012. 608 S., 64,- €.

ANZEIGE

Morgen im Reiseblatt

Pfeffer und Salz

Unter Kriegern und Köchen:
In der chinesischen Provinz Szechuan

Feuer und Flamme

Grillen kann jeder? Von wegen!
Zum Unterricht in die Grillakademie

Wind und Wetter

Nicht immer alles glauben:
Die Fanöer erzählen gern Geschichten

Groß und Klein

Spaziergang zwischen Fratzen:
Im Zwerglgarten von Salzburg

Kostenloses Probeabo 0180 2 52 52*

www.faz.net/probeabo

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



finanzpolitische Schwerpunkt der Außenpolitik eindeutig im Westen. Doch zugleich entwickelte die Schweiz in einer spezifischen Mischung privaten und öffentlichen Engagements eine eigene Präsenz in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowohl Afrikas als auch Lateinamerikas. Schon damals kam es vor allem mit Washington zu Kontroversen über